



## *Brühler Bahnhof*

### **Forderung nach Barrierefreiheit**

**Schon lange wird in Brühl eine barrierefreie Gestaltung des Bahnhofs an Schloss Augustusburg gefordert, sowohl von den Bürgern als auch von der Politik. Vom Landesverkehrsminister erwarte ich endlich klare Aussagen zum Fortgang der Umbauarbeiten.**

Bisher wurde zwar die Sanierung und der Umbau des Bahnhofsgebäudes vom Land Nordrhein-Westfalen gefördert und umgesetzt. Aufzüge und Blindenleitsysteme fehlen allerdings nach wie vor, es gibt lediglich Treppenlifte. Diese sind aber nicht in vollem Umfang barrierefrei: Personen mit eingeschränkter Mobilität müssen einen Mitarbeiter der benachbarten Radstation rufen, der die Lifte bedient. Daher lassen sie sich nicht rund um die Uhr nutzen, und der Transport von motorisierten Rollstühlen oder Kinderwagen ist ebenfalls nicht möglich.

Es ist einfach nicht nachvollziehbar, dass ein Bahnhof saniert wird, aber die Barrierefreiheit nicht hergestellt wird. Das schafft am Ende nur Frust, Ärger und erhebliche Mehrkosten. Das Projekt sollte daher so schnell wie möglich realisiert werden. Daher hinterfrage ich nun das gesamte Verfahren mittels einer parlamentarischen Kleinen Anfrage: <http://kurzlink.de/GG150827-1>.

## *No-Go-Areas*

### **Polizei wird im Kampf gegen kriminelle Strukturen im Stich gelassen**

**Wenn es darum geht, kriminelle und teils internationale Strukturen wie in den Problembezirken der nordrhein-westfälischen Städte zu bekämpfen, kann die Integrationspolitik der rot-grünen Landesregierung nicht greifen, ist „überfordert“. Das gibt Innenminister Ralf Jäger in seiner Antwort auf meine Kleine Anfrage zu: <http://kurzlink.de/GG150826>**

Ich hatte mich erkundigt, was Rot-Grün gegen kriminelle Strukturen wie etwa in Duisburg unternehmen will, wo die Polizei in manchen Vierteln nicht mehr Herr der Lage ist und von Hundertschaftsbeamten unterstützt werden muss.

## *Unsauberer Wahlkampf*

### **Landesregierung trennt nicht sauber zwischen Staat und Partei**

**Ganz konkrete Fragen hatten mein Kollege Ralf Nettelstroth und ich zur rechtlich verbotenen Vermischung von Partei- und Ministeramt, nachdem bekannt geworden war, dass die Staatskanzlei Wahlkampftermine der SPD-Landesvorsitzenden und Ministerpräsidentin vorbereitet. Die parlamentarische Kleine Anfrage wurde nun von der Ministerpräsidentin beantwortet: <http://kurzlink.de/GG150827>**

Die Ministerpräsidentin weicht unseren Fragen aus. Wir haben keine Antworten sondern Schutzbehauptungen bekommen. Obwohl die Schriftverkehre zwischen Staatskanzlei und Kommunen sogar veröffentlicht wurden, bleibt Frau Kraft bei ihrer Version. Dass ihre Staatskanzlei Kommunalverwaltungen dazu aufgefordert, „die Vorbereitung auch um Informationen über bekannte Besonderheiten, herausragende, problematische oder strittige Projekte in den genannten Kommunen zu ergänzen“, sagt sie nicht.

Das hat nichts mit reinen Datenblättern zu tun, um sich einen groben Überblick zu verschaffen. Dass die Vorbereitung von Wahlkampfterminen der Ministerpräsidentin nach ihren eigenen Worten zur „ordnungsgemäßen Aufgabenerfüllung“ ihrer Beamten gehört, zeigt einmal mehr das zwiespältige Demokratie- und Staatsverständnis der Genossen in unserem Land.